

NZZ am Sonntag

USA

Donald Trump rückt seiner Niederlage näher

Widersprüche, Lügen, Übergriffe – was jede andere politische Kandidatur in den USA erledigt hätte, schien bisher am republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump völlig spurlos vorbeizugehen. Ein kurzes, am Freitag veröffentlichtes Video, in dem man hört, wie er mit sexuellen Übergriffen prahlt, hat dies geändert. Unterstützer wenden sich nun empört ab, hochrangige Republikaner sinnieren, wie sie Trump noch loswerden können. Der Kandidat selber reagiert unbeholfen, das uramerikanische Ritual der öffentlichen und uneingeschränkten Bitte um Verzeihung beherrscht er nicht. In seiner Entschuldigung greift er sogleich seine Rivalin Hillary Clinton wegen Affären ihres Mannes an: Sie habe diese Frauen eingeschüchtert und angegriffen, sagt er und droht ihr im Hinblick auf die Debatte von heute Sonntag. Das Video zu Trumps Übergriffen stammt aus dem Umfeld des Fernsehsenders NBC. Es spielt Clinton gleich mehrfach in die Hände. Es destabilisiert den reizbaren Kandidaten kurz vor der Debatte maximal und diskreditiert ihn bei Wählergruppen, die er dringend benötigt – bei Wertkonservativen, bei Frauen und bei Evangelikalen. Zumindest Letztere dürften am 8. November überwiegend zu Hause bleiben und so Clinton helfen. Trumps Niederlage ist seit Freitag wahrscheinlicher geworden. (tis.)

Zuwanderung

Aus Drittstaaten braucht die Schweiz nur Spitzenkräfte

In den nächsten Tagen oder Wochen entscheidet der Bundesrat über die Drittstaatenkontingente. Das ist ein sperriges Wort und meint die Zahl der Bewilligungen für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten, den sogenannten Drittstaaten. Vor zwei Jahren und im Nachgang zur Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hatte die Landesregierung die Zahl der Bewilligungen von 8500 auf 6500 gesenkt. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Bundesrat auf den Entscheid zurückkommt und die Kontingente wieder erhöht. Erstens sind sowohl Schweizer Wirtschaft als auch Schweizer Volkswirtschaft auf Spezialisten aus aller Welt angewiesen. Und zweitens machen die Drittstaaten-Angehörigen, die auf diesem Weg in die Schweiz einreisen, kaum zehn Prozent der gesamten Zuwanderung aus. Die Erhöhung der Kontingente allein reicht allerdings nicht aus. Der Bundesrat muss auch dafür sorgen, dass auf diesem Weg künftig ausschliesslich hoch- und höchstqualifizierte Drittstaaten-Angehörige einwandern. Und nicht wie heute auch tiefqualifizierte. Diese mögen ihrer tiefen Löhne wegen für manche Arbeitgeber in der Schweiz attraktiv sein. Zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung tragen sie aber kaum bei. (luh.)

Jugend

Denn sie wissen, was sie tun

Sie verbringen jeden Tag Stunden damit, auf Snapchat Selfies zu posten und Hunderte Nachrichten mit Freunden auszutauschen. Ohne Handy können Jugendliche nicht leben. Kommt das gut, fragen sich die Eltern? Natürlich. Die Eltern selbst waren nicht besser. Auch sie machten ständig Selfies – in Passfoto-Automaten, auch sie chatteten endlos mit Freunden – am Festnetztelefon. Auch sie schauten stundenlang in einen Bildschirm – den Fernseher. Das Internet birgt aber neue Gefahren, könnte man einwenden: Werden die Kinder bald noch unterscheiden können zwischen real und virtuell? Sein und Schein? Natürlich. Lassen Sie sich von Ihren Kindern zeigen, wie man Bilder manipuliert und Selfies verschönert. Sie wissen sehr genau, was sie tun. (ami.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Beim Säkularismus könnte der Islam vom Christentum lernen

Die Kirche hat vor 50 Jahren gezeigt, wie ein gottesfürchtiger Mensch in einem pluralistischen Rechtsstaat leben kann. Leider vergessen das manchmal auch katholische Kirchenleute, **schreibt Martin Grichting**

Die für den Westen typische Trennung von Staat und Religion hat christliche Wurzeln, wie der in Oxford lehrende Geschichtswissenschaftler Larry Siedentop in seinem jüngst erschienenen Buch «Die Erfindung des Individuums» zeigt. Jesus Christus hat unterschieden zwischen Kaiser und Gott, zwischen der weltlichen Sphäre von Staat und Politik und der religiösen Sphäre von Glaube und Moral. Die Aufklärung hat das später in wirksame politische Formen gegossen: Der Staat als Rechtsgemeinschaft verlangt Gehorsam gegenüber den Gesetzen, schreibt aber keine Weltanschauung mehr vor. Und die Religionen behalten zwar ihren Wahrheitsanspruch, der aber nun keinen unmittelbaren politischen Geltungsanspruch mehr hat. Das ist die Grundlage der westlichen Friedensordnung.

Diese Trennung bereitet dem Islam bekanntlich Mühe. Wo immer diese Religion, wie im arabischen Raum, gesellschaftsbestimmend ist, finden wir eine religiös durchwirkte Staatsmacht. Angesichts vieler Muslime, die jetzt in den Westen kommen und hier zu leben wünschen, ohne ihre Frömmigkeit aufgeben zu müssen, stellt sich die Frage, wie Integration gelingen kann.

Die katholische Kirche hat vor 50 Jahren einen Weg vorgeschlagen, wie ein gottesfürchtiger Mensch in einem pluralistischen Rechtsstaat ein wertvolles Mitglied sein kann. Ganz neuzeitlich ist der Kerngedanke, dass man nicht mehr auf eine religiöse Institution als politischen Akteur setzt, sondern primär auf das Individuum, verstanden als Gläubiger und Bürger zugleich. Die Hierarchie als Teil der Institution – bei den Katholiken repräsentiert durch Papst, Bischöfe oder Priester – vermittelt nach diesem Modell Glaubensinhalte und bildet die Gewissen, spendet Sakramente und leistet Seelsorge. Sie hält sich aber aus der politischen Diskussion heraus und äussert sich nur zu Grundrechten und Menschenwürde – Themen, die mit der natürlichen Vernunft erkennbar sind. Auf diese Weise achtet die Hierarchie «die

gerechte Freiheit, die allen im irdischen bürgerlichen Bereich zusteht», wie das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) erklärt hat. Es bleibt so dem Christen überlassen – eigenverantwortlich, auf der Basis seines christlich geprägten Gewissens –, gesellschaftlich und politisch zu wirken. So ist er nicht der Handlanger der Hierarchie, sondern ein mündiger Gläubiger, der im eigenen Namen als Bürger handelt und mit den Anhängern anderer Religionen und Weltanschauungen in Politik und Zivilgesellschaft nach Lösungen sucht. Voraussetzung dafür ist die Unterscheidung «zwischen dem, was die Christen als Einzelne oder im Verbund im eigenen Namen als Staatsbürger, die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Hirten tun». Es gibt somit keine «katholische Politik» mehr. Denn das Konzil wusste: «Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen [den Christen] eine bestimmte Lösung in einer konkre-

ten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen.»

Bedauerlich daran ist nur, dass dieses Modell bis jetzt von der Kirche und ihren Gläubigen zu wenig verstanden und gelebt wird. Deshalb erleben wir in der Schweiz Vertreter der katholischen Hierarchie, oft aber auch Laien, die nicht im eigenen Namen Politik machen, sondern von kirchlichen Gremien und Einrichtungen aus, im Namen der Kirche. Damit huldigen sie einem vor-konziliaren Klerikalismus: Sie kapern die religiöse Autorität der Kirche und versuchen, in deren Namen partei- und tagespolitische Anliegen voranzubringen. Dann erscheint es plötzlich als nicht sehr katholisch, wenn nach Mitternacht in Autobahnraststätten Tiefkühlpizzas verkauft werden. Oder das kirchliche Lehramt scheint sogar die Existenz einer staatlich konzessionierten Radio- und Fernsehanstalt zu fordern, die mit 1,2 Milliarden Franken pro Jahr einen Service public produziert.

Wenn Katholiken in dieser Weise religiöse Autorität missbrauchen, um Politik zu machen, sind sie nicht berufen, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Sie leisten damit weder dem Staat noch ihrer Kirche einen Dienst, und auch nicht der Integration derer, die aufgrund ihrer religiösen Herkunft sowieso Mühe haben, Staat und Religion als zwei verschiedene Dinge zu verstehen. Nur wenn die Neuankömmlinge diese Unterscheidung zu akzeptieren lernen, werden sie sich in der offenen Gesellschaft und im religiös pluralistischen Staat zurechtfinden können. Katholiken hätten hier eine wichtige Funktion, indem sie zeigen könnten, dass man ganz Gottesgläubiger sein kann und zugleich ganz Bürger eines religiös pluralen Staates, und zwar ohne diesen zu einem Gottesstaat zu machen. Politische Gläubige sind also das Gebot der Stunde, nicht eine politische Kirche.

Martin Grichting



Martin Grichting, 49, ist Generalvikar des Bistums Chur. Er studierte Theologie und Kirchenrecht. Er habilitierte später in Kirchenrecht und hält heute Gastvorlesungen an der Päpstlichen Universität vom Heiligen Kreuz in Rom. 1992 wurde er zum Priester geweiht und war danach auch zehn Jahre lang als Seelsorger in Surcuolm tätig.